

Dr. Inge Gräble MdEP  
Europäisches Parlament  
Altiero Spinelli 15 E 130  
Rue Wiertz B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-2847868  
Fax.: 0032-2-2849868

## Pressemitteilung

### Bekämpfen Haushaltszuschüsse wirklich die Armut?

"Wir müssen uns öfter und intensiver fragen, wie wir mit Hilfgeldern die Ziele in der Dritten Welt erreichen, die wir uns gesteckt haben": so fasst die CDU-Europaabgeordnete Inge Gräble das Meinungsbild im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments zu den sogenannten Haushaltszuschüssen (Budgethilfen) zusammen. Das sind Zahlungen, die ohne Zweckbindung direkt an Länder außerhalb der EU überwiesen werden und von diesen Ländern in eigener Verantwortung ausgegeben werden. Sie sollen die eigenen Anstrengungen bei der Bekämpfung der Armut fördern und das Sachwissen der nationalen Behörden erhöhen. Dabei begleitet sie die örtliche Vertretung der EU in lockerer Form. Die Haushaltszuschüsse lösen zunehmend die Projektfinanzierung ab.

"Der Anteil der Haushaltszuschüsse an den Hilfen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds macht mittlerweile je nach Land zwischen 10 und 40 Prozent aus", bemerkt Gräble. "Es ist völlig unklar, mit welchem Instrument das eigentliche Ziel der EU-Entwicklungspolitik, die Bekämpfung der Armut, besser erreicht werden kann, bzw. was die größeren Fortschritte bringt bei möglichst geringem Verwaltungsaufwand." Die Frage nach dem Kosten-Leistungsverhältnis der einzelnen Förderinstrumente müsse auch bei den Hilfen für die Dritte Welt gestellt werden dürfen. "Wir stehen hinter den Budgethilfen", bekräftigt die Abgeordnete, "weil sie die Verantwortung vor Ort stärken und einen politischen Dialog mit den Empfängerländern ermöglichen." Für die EU bleibe aber die Aufgabe der Kontrolle der Verwendung der Gelder auf der Tagesordnung. "Sind etwa Waffenkäufe mit diesem Geld wirklich ausgeschlossen?" fragt sich die Abgeordnete.

Der Haushaltsausschuss schlägt vor, mehr Öffentlichkeit herzustellen und die Budgethilfen jährlich in den nationalen Parlamenten der Empfängerländer auszuwerten. Mit anderen Geldgebern solle enger zusammengearbeitet werden. Jede Organisation hat bis heute ihre eigenen Experten und Vorgehensweise. Vermehrter Austausch, 'Best-Practise-Beispiele' und eine gemeinsame Rechnungsprüfung führen weiter. Außerdem müsse die Sichtbarkeit der EU bei den Haushaltszuschüssen besser werden. "Die EU ist weltweit einer der größten Geber. Aber bei Haushaltszuschüssen weiß kein Mensch mehr, dass das Geld von der EU kommt", bedauert Gräble. "Wir wollen das Gefühl der Hilf- und Ratlosigkeit in der Entwicklungsarbeit endlich überwinden", so Gräble abschließend.